

Feedback des Deutschen Bundesjugendrings zur Beteiligungsrunde [Ernsthaft freundlich?!]

**Liebe Teilnehmer_innen der Beteiligungsrunde,
Liebe Politik>Macher_innen,**

ihr habt euch bei der Beteiligungsrunde [Ernsthaft freundlich?!] ab Juni 2013 damit beschäftigt, wie Entscheidungsträger_innen fit gemacht werden können für Jugendbeteiligung. Außerdem habt ihr Vorschläge gemacht für die konkrete Umsetzung von Jugendbeteiligung vor Ort. Eure Ideen und Forderungen sind wichtiger Input für die Entwicklung von Beteiligungskonzepten.

Als Deutscher Bundesjugendring (DBJR) vertreten wir die Interessen der Jugendverbände in Deutschland und damit die Interessen vieler junger Menschen. Eure Meinung ist daher sehr wichtig für uns. Natürlich ist Jugendbeteiligung für uns ein zentrales Thema, zu dem wir bestimmte Standpunkte vertreten.

Wir haben Ergebnisse aus [Ernsthaft freundlich?!] mit unseren Positionen verglichen und werden in diesem Feedback darstellen, wie eure Vorschläge und Meinungen sich mit unseren Standpunkten decken bzw. wo an wenigen Stellen unsere Einschätzung von euren Ergebnissen abweicht.

Wer sind wir? - Der DBJR

Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in Deutschland hat der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) die Aufgabe, gemeinsame Positionen und Interessen seiner Mitgliedsverbände auf Bundesebene zu vertreten.

Mehr als sechs Millionen Kinder und Jugendliche sind in unseren Mitgliedsverbänden zusammengeschlossen und engagiert. Diese Jugendverbände sind Orte, in denen Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben, lernen, Freizeit gestalten, sich ehrenamtlich engagieren und sich für andere einsetzen.

Diese Organisationen stehen für ein breites Spektrum jugendlichen Engagements: Konfessionelle, ökologische und kulturelle Verbände sind hier ebenso zusammengeschlossen wie Arbeiterjugend-Verbände, humanitär geprägte Verbände, Pfadfinder_innen-Verbände und Verbände junger Migrant_innen.

Jugendbeteiligung ist für den DBJR ein wichtiges Thema – auch auf europäischer Ebene. In der Nationalen Arbeitsgruppe für den Strukturierten Dialog setzen wir uns aktiv dafür ein, dass die Vorschläge und Anregungen junger Menschen berücksichtigt werden, wenn europäische Jugendpolitik in der EU, im Bund, im Land und vor Ort in konkrete Politik umgesetzt wird. Einbringen könnt ihr euch, indem ihr an Dialogprozessen, die bei euch vor Ort oder in der Region stattfinden, oder an den europa- und bundesweiten Beteiligungsrounden teilnehmt.

Als Teil der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik wirkt der DBJR aktiv mit, wenn es darum geht, Jugendpolitik in Deutschland zu verbessern. Und er bringt die Positionen der Jugendverbände und ihrer Mitglieder ein. Um zusätzlich direkt Positionen von euch in den Prozess einfließen lassen zu können, haben wir das Projekt „Ichmache>Politik“ ins Leben gerufen. So

gewährleisten wir die Möglichkeit eurer direkten Beteiligung am Prozess – in euren Räumen, eurer Zeit und mit euren Methoden.

Die Teilnahme am Strukturierten Dialog und bei Ichmache>Politik ermöglicht euch, die Prozesse für eine bessere Jugendpolitik in Deutschland und Europa zu beeinflussen, indem ihr euch über die regelmäßigen Beteiligungsrunden aktiv in die Diskussion um die zentralen Themen einbringt. Wir können nur sagen: Weiter so - bringt euer junges Denken in die Politik!

Als Mitglied der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik haben wir bereits an dem dort gemeinsam erarbeiteten Feedback mitgewirkt. >> <http://go.dbjr.de/fbstgr5> Hiermit möchten wir jedoch die Möglichkeit nutzen, unsere Einschätzung zu einzelnen Ergebnissen zu konkretisieren.

1. Ernsthaft – fit für Beteiligung

Entscheidungsträger_innen müssten in Sachen Jugendbeteiligung und im Umgang mit jungen Menschen besser qualifiziert und fit gemacht werden, aber wie genau sähe diese „Fitness“ eigentlich aus?

Wichtig war euch das grundsätzliche Verständnis von Beteiligung. Dass Jugendliche in ihrem Auftreten oft noch nicht so geschliffen daherkommen, sollte Entscheidungsträger_innen nicht dazu verleiten, deren Ansichten als weniger relevant zu bewerten. Auch wenn Partizipation dadurch erst einmal ungewohnt und anstrengend sein mag: mit ihr würdet eurer Meinung nach Entscheidungen besser und nachhaltiger.

In dieser Einschätzung stimmt euch der DBJR voll zu. Für uns ist klar, dass die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft auch vom Grad der Partizipation bestimmt wird. Deswegen ist es so wichtig, dass junge Menschen und ihre Meinungen mit ihren besonderen Ausdrucksformen ernst genommen werden. Das bedeutet auch, dass die Beteiligungskonzepte Raum für die altersgerechten und individuellen Ausdrucksformen bieten müssen. In der Praxis mangelt es aber leider noch an den dafür nötigen Möglichkeiten oder es gibt häufig Kommunikationsprobleme zwischen den Betroffenen, die dann zu Missverständnissen führen. Um dies zu verhindern, braucht es Erwachsene, die sich für die nötigen Rahmenbedingungen einsetzen, damit junge Menschen gehört werden.

So wie ihr, sehen wir auch die Notwendigkeit, dass die Entscheidungsträger_innen die unterschiedlichen Fähigkeiten junger Menschen im Blick behalten müssen. Unterschiede im Bezug auf das Alter, den persönlichen Hintergrund und die Erfahrung gilt es hier zu berücksichtigen. Unverzichtbar ist dafür natürlich die Bereitschaft, überhaupt schon bei der Konzeption der Beteiligung an die Jugendlichen zu denken, anstatt zu erwarten, dass diese sich an die Konventionen der Erwachsenen anpassen werden. Dies kann am besten einfach dadurch erreicht werden, dass junge Menschen schon bei der Planung einbezogen werden.

Ein wichtiger Punkt war für euch, dass Entscheidungsträger_innen die Entscheidungsprozesse nachvollziehbar und transparent machen können. Für uns ist Transparenz auch ein wichtiges Merkmal gelingender Beteiligung. Es muss den Jugendlichen deutlich werden, was die Wirkung und die Grenzen ihrer Beteiligung sind. Dazu gehört auch, den Beteiligten die erzielte Wirkung im Nachhinein noch einmal aufzuzeigen. Dieser Grundsatz der Transparenz sollte darüber hinaus bei allen Entscheidungsprozessen beibehalten werden, nicht nur bei Beteiligungsprojekten.

Kinder und Jugendliche müssen in ihrer Kommune Dinge bewegen können. Für Entscheidungsträger_innen heißt das, dass sie die Bereitschaft entwickeln müssen, ein Stück Gestaltungsmacht abzugeben – und zwar in die Hände der jungen Menschen.

2. Alle zusammen – voll lokal

Wer muss auf lokaler Ebene zusammenarbeiten, damit Belange von Jugendlichen berücksichtigt werden?

Kooperationen haltet ihr vor allem dann für sinnvoll, wenn es klare Problemstellungen zu bearbeiten gibt. Ihr legt dabei Wert auf einen inhaltlichen Zusammenhang. Auf lokaler Ebene sollen aus eurer Sicht immer vor allem die Jugendverbände einbezogen werden, die inhaltlich von dem zu bearbeitenden Thema betroffen sind.

Für den DBJR ist jedoch wichtig, dass Jugendverbände prinzipiell als Selbstorganisation junger Menschen wahrgenommen werden müssen, nicht nur nach ihrem „Thema“. Das besondere an Jugendverbänden ist nicht ihr „Thema“ – denn dieses ist unter Umständen gar nicht jugendspezifisch – sondern eben ihre Eigenschaften der Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit und Selbstorganisation von Jugendlichen. Diese Eigenheiten müssen von Kooperationspartnern akzeptiert und respektiert werden. Grundsätzlich halten wir lokale Kooperationen für eine gute Möglichkeit, bestimmte Problemstellungen voranzubringen. Für uns zählt aber auch vor allem, dass es schon funktionierende Strukturen gibt, um die Belange junger Menschen in die lokale Politik einzubringen. Hier seien beispielsweise die Jugendhilfeausschüsse genannt. Wir finden, dass diese bestehenden Strukturen intensiv genutzt und bei Bedarf ausgebaut und verbessert werden sollen.

Als die wichtigsten Akteure bei jugendrelevanten Themen seht ihr die Schulen, Jugendämter und Verantwortlichen der Jugendarbeit. Gerade auch die Institution Schule müsste demnach Akteur_innen der Jugendarbeit mit einbeziehen. Hinderlich für die Zusammenarbeit ist hier eurer Meinung nach ein zu beschränkter Blick auf die Lebenswelt von Jugendlichen. Diese bestehe nicht nur aus der schulischen Bildung, sondern müsse umfassender gesehen werden.

Auch hier schließen wir uns eurer Meinung an. Doch wenn Schule und Jugendarbeit kooperieren, muss dies auf Augenhöhe geschehen. So sollten z. B. auf kommunaler Ebene Schul- und Jugendhilfeausschuss die Schulnetzplanung gemeinsam erstellen und somit entscheiden, welche Schulart an welchen Standort kommt.

Denn: Ihr habt Recht! Jugendliche Lebenswelt ist mehr als Schule. Deswegen fordern die Jugendverbände mehr zeitliche Freiräume, die Kinder und Jugendliche frei und selbstbestimmt gestalten können. Zum Beispiel darf die Arbeitslast durch die Schule unserer Meinung nach 35 Stunden pro Woche auf keinen Fall übersteigen.

In Sachen Kooperation seht ihr die Medien grundsätzlich als wichtige Unterstützer, habt aber auch den Vorbehalt, dass gerade deren Berichterstattung leider häufig auch Vorurteile gegenüber Jugendlichen fördert. Ihr wünscht Euch, dass sich Medien auf die Perspektive von Jugendlichen einlassen, anstatt über Jugendliche zu berichten.

Diesen Vorbehalt können wir gut verstehen. Das in Politik, Gesellschaft und vor allem den Medien dominierende Jugendbild eignet sich nicht für die Entwicklung einer guten Jugendpolitik. In den wenigsten Fällen wird ein Blick auf die Gesamtheit der Jugendlichen geworfen. Der größte Teil der in Deutschland lebenden Jugendlichen wird mit ihren Potenzialen wie Problemen und Fragestellungen nicht wahrgenommen und ihre Anliegen deshalb politisch nicht bearbeitet. Die Fokussierung der Aufmerksamkeit liegt einerseits auf negativen Extremen, die zum Teil stark überzeichnet werden, wie Jugendgewalt, Sucht- und Rauschmittelkonsum, Kriminalität u. ä. Andererseits gibt es einen Blick auf Jugend, der das Bild einer Elite zeichnet, die bestens ausgebildet, hoch motiviert und ehrgeizig, flexibel und mobil dem Arbeitsmarkt und anderen Funktionen zur Verfügung steht. Die Unfähigkeit zur Differenzierung und der fehlende Blick auf den absolut überwiegenden Teil der jungen Menschen, der sich zwischen diesen Extremen befindet, führt zur politischen Fehleinschätzung und damit zu Fehlentscheidungen und falschen Schwerpunktsetzungen.

3. Politik nach deinem Geschmack

Wie soll die Einbeziehung von Jugendlichen konkret geschehen, welche Gremien und Strukturen sollten sich damit beschäftigen?

Hier war für euch besonders entscheidend, dass Jugendliche schon über die Rahmenbedingungen (Räume, Inhalte, Geld und andere Ressourcen) für ihr Engagement selbst bestimmen können müssen. Darüber hinaus müsse die Infrastruktur für Beteiligung jugend- und ehrenamtsfreundlich gestaltet sein. Auch sollten die Angebote zur Beteiligung zielgruppengerecht gestaltet werden. Offene Formate wie z.B. Jugendcafés bevorzugt ihr eindeutig vor der klassischen Gremienarbeit, die auf Jugendliche eher abschreckend wirke. Dort fehlt es euch oft schon an der Verständlichkeit der Diskussionen, was dann wiederum eine Begegnung mit politischen Entscheidungsträger_innen auf Augenhöhe behindere.

An diesen Forderungen sehen wir, wie wichtig es ist, dass bereits bei der Planung, an „was“ Jugendliche „wie“ beteiligt werden, junge Menschen mit einbezogen werden müssen. **Dies ist unserer Meinung nach ein entscheidender Punkt**, wenn es darum geht, die Formen der Beteiligung für euch attraktiv zu gestalten. Wir verstehen, dass typische Gremienarbeit dieses Kriterium meistens nicht erfüllt und deswegen auf Jugendliche eher abschreckend wirkt. Trotzdem werden in solchen Gremien viele Entscheidungen getroffen, so dass auf eine (Selbst-)Vertretung von Jugendlichen nicht verzichtet werden kann. Auch hier muss deswegen auf Jugendfreundlichkeit geachtet werden, damit junge Menschen sich einbringen können.

Ihr seht die Gefahr, dass bei vielen Themen in der Kommune die Kinder- und Jugendfreundlichkeit einfach vergessen oder übergangen wird. Damit das nicht passiert, sollten Vertreter_innen aus den Jugendverbänden und Jugendringen ein ständiges Auge auf die politischen Vorgänge vor Ort haben.

Wir unterstützen euren Wunsch nach einer stärkeren Jugendfreundlichkeit. Aus unserer Sicht braucht es dazu eine bessere Förderung von Jugendgruppen in den Kommunen. Der DBJR fordert immer wieder die ausreichende finanzielle Ausstattung der Arbeit der Jugendverbände und ihrer Zusammenschlüsse auf allen föderalen Ebenen.

4. Was heißt hier freundlich?

Wie sieht eine jugendfreundliche Kommune aus? Die von Fachleuten entwickelten Vorschläge habt ihr bewertet und ergänzt.

Ihr stimmt mit den Vorschlägen der Fachleute vor allem darin überein, dass ein relativ hoher Stellenwert der Jugendpolitik die Voraussetzung für eine jugendfreundliche Kommune ist. Die Belange von jungen Menschen müssen dort wirklich berücksichtigt werden, und zwar in allen Bereichen, z.B. auch bei Stadtplanungsprozessen. Dabei legt ihr auch Wert auf eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen. Eine direkte Einbeziehung Jugendlicher in Entscheidungen gehört deswegen unbedingt dazu.

In einer jugendfreundlichen Kommune müssen eurer Meinung nach die Ausgaben für Jugend als Grundaufgabe verstanden werden. Die selbstorganisierten Strukturen junger Menschen sollen dafür eurer Meinung nach besonders unterstützt werden. **Dies ist auch unsere Position**. Die Förderung der Arbeit der Jugendverbände ist eindeutig gesetzlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert: Auf allen Ebenen ist sie Pflichtaufgabe. Jedoch müssen wir feststellen, dass diese Förderung seit Jahren rückläufig ist. **Der DBJR fordert deshalb** immer wieder eine ausreichende und konstante finanzielle Ausstattung der Arbeit der Jugendverbände. Diese Ausgaben sind eine Investition in die Zukunft und dürfen nicht leichtfertig kurzfristigen Sparzwängen geopfert werden!

Jugendfreundlichkeit hat für euch auch ganz konkret etwas mit Infrastruktur zu tun. Die Freizeitgestaltung und die Beteiligung von jungen Menschen hängt auch von ihrer Mobilität ab. Gerade auf dem Land seht ihr dabei Probleme und legt deswegen Wert auf ermäßigte bzw. kostenlose Nutzung eines

gut ausgebauten ÖPNV-Netzes. Die Kommunen sollten sich auch darum kümmern, die Möglichkeit der Internetnutzung zu verbessern.

Hier stimmen wir euch zu. Als Zusammenschluss von Jugendverbänden halten wir es für notwendig, den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu fördern. Wir fordern die Unterstützung eines umweltgerechten Verkehrsverhaltens junger Menschen durch Verstärkung der jugendspezifischen Tarifangebote bei der Bahn und den Nahverkehrsbetrieben. Außerdem halten wir einen bundesweiten Breitbandzugang für notwendig. Denn der Zugang zu Informationen und die Möglichkeiten zur Beteiligung für Jugendliche dürfen nicht vom Wohnort abhängig sein.

In einer jugendfreundlichen Kommune müssen junge Menschen wirklich mitbestimmen dürfen und die Möglichkeit zur Mitbestimmung haben. Wir betonen, dass junge Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden müssen. Es gilt: Alle Themen sind jugendrelevant. Unser Anspruch ist, dass dies im Rahmen der Entwicklung einer Guten Jugendpolitik Berücksichtigung findet.

Zum Weiterlesen

Die Argumente des DBJR in diesem Feedback beziehen sich auf bereits veröffentlichte Positionen und Beschlüsse des DBJR. Damit ihr diese im Detail nachlesen könnt haben wir euch hier die wichtigsten Positionen zu diesem Themenfeld aufgeführt:

Pos. 12 „Mitwirkung mit Wirkung“	>> http://go.dbjr.de/p12
Pos. 35 „Jugend braucht Gestaltungsmacht – Eckpunktepapier“	>> http://go.dbjr.de/p35
Pos. 85 „ePartizipation -- Beteiligung im und mit dem Internet“	>> http://go.dbjr.de/p85
Stellungnahme zu einer Eigenständigen Jugendpolitik	>> http://go.dbjr.de/eijp-dbjr2011

Der DBJR nutzt den Gender_Gap

(Gender = soziales Geschlecht, Gap = Lücke). Sprache ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Veränderung. Daher ist in unseren Publikationen von Akteur_innen, Partner_innen und Freund_innen zu lesen. Der Gender_Gap ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten abseits der Zweigeschlechtlichkeit. Nicht alle Menschen können oder wollen sich in der Geschlechteraufteilung nach Mann und Frau wiederfinden. Andere Geschlechtszugehörigkeiten als Mann und Frau können Queer, Intersexuelle, Transgender oder Bi-Gendered sein. Um alle sozialen Geschlechter zu berücksichtigen, wurde die Form des Gender_Gaps, auch „Performing the Gap“ oder nur „Gap“ genannt, durch Queer-Theoretiker_innen wie Persson Perry Baumgartinger entwickelt. Mit dem Unterstrich sollen existierende Identitäten bzw. Geschlechter, die in der Schriftsprache bisher unsichtbar waren, sichtbar gemacht werden. Die Intention ist, niemanden auszuschließen und durch den Zwischenraum einen Hinweis auf diejenigen Menschen zu geben, die nicht in das Frau-Mann-Schema hineinpassen oder hineinpassen wollen.